

Rezensionen

Objekttyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **6 (1986)**

Heft 11

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Rezensionen

ALTHUSSER, Louis: Philosophie und spontane Philosophie der Wissenschaftler. Schriften Band 4. Aus dem Französischen übersetzt und mit einem Nachwort von Frieder Otto Wolf. Argument-Verlag, West-Berlin 1985, 171 S., DM 24.--

Es ist sehr zu begrüßen, wenn der Argument-Verlag eine auf 8 Bände angelegte Herausgabe der Schriften von L. Althusser ankündigt. Wie kaum ein anderer marxistischer Theoretiker hat Althusser mit seinen Schriften die westeuropäische marxistische Debatte der siebziger Jahre angeregt. Althusser's Stalinismus-Kritik von links, die als eine immer wieder geforderte, selten aber eingelöste 'Anwendung des Marxismus auf sich selbst' gelten kann, beruht auf Interpretationsansätzen, Theoriekonzepten und Problemerweiterungen, die bis heute unverzichtbare Bezugspunkte in der internationalen Debatte kennzeichnen. Es war kein Zufall, dass die neue Diskussion über die 'Krise des Marxismus' 1977 in Venedig durch Althusser ausgelöst wurde; ebensowenig überrascht, dass seine aufsehenerregende PCF-Kritik von 1978 an Aktualität kaum verloren hat.

Die deutsche Herausgabe der Schriften Althusser's gerade mit diesem Band zu beginnen, ist gerechtfertigt, handelt es sich doch um einen Text, der bisher nur in französischer Fassung (1974) greifbar war und im übrigen, wie Althusser selber bemerkt, eine "Wende" in den Untersuchungen über Philosophiegeschichte und marxistische Philosophie eröffnete (nach den Lektüren in "Für Marx" und "Das Kapital lesen"). Was im Band 4 vorliegt, sind vier überarbeitete Vorlesungen, die Althusser 1967 an der Ecole Normale Supérieure hielt und die viele Arbeiten seiner damaligen Schüler befruchtete. Im Vordergrund steht eine "Einführung in die Philosophie für Wissenschaftler", eine sehr didaktisch gehaltene Reflexion über einige elementare "Grundbegriffe", die seiner Ansicht nach zu klären sind, wenn in "Geisteswissenschaften" und in "Naturwissenschaften" über Fragen der Wissenschaftsgeschichte unter marxistischem Gesichtspunkt Verständigung möglich sein soll.

Die Ausgangsfragen sind: Was lässt sich dabei von der Philosophie erwarten? Wie "funktioniert" Philosophie im Unterschied zur naturwissenschaftlichen Praxis? Etc. In dieser Hinsicht "produziert" Philosophie, so Althusser, keine "Erkenntnisse", sondern stellt u.a. "Thesen" auf, die den "Weg" eröffnen, um "Probleme" der "wissenschaftlichen Praxis" und solche der "politischen Praxis" *in richtiger Weise* stellen zu können (etwa im Gegensatz zu Popper's Falsifikationstheorie). Es gelingt Althusser unter anderem, kritisch aufzuzeigen, wie bestimmte Philosophie-Formationen immer wieder die "Wissenschaften zu apologetischen Zwecken ausbeuten, die dem Interesse der wissenschaftlichen Praxis äusserlich" (S. 87) sind. Denn, so stellt er fest, *"in jedem Wissenschaftler steckt also gewissermassen ein schlafender oder auch schlummernder Philosoph, der bei der ersten besten Gelegenheit erwachen kann. Da steht er vor uns und erwacht mit ungetrübten religiösen*

Wahnideen" (S. 74.) So zielt Althusser's strenge Unterscheidung zwischen der "spontanen Philosophie" der Wissenschaftler und ihrer "Weltanschauung" auf die materialistische Erfassung der "Widersprüche", die jeweils die "bewussten oder unbewussten Vorstellungen" (S. 102) der spontanen Ideologien kennzeichnen und in ihren Wirkungen folgenreich sind. Der Philosophie kommt u.a. die Aufgabe zu, eine "Demarkationslinie zu ziehen zwischen dem Ideologischen der Ideologie einerseits und dem Wissenschaftlichen der Wissenschaften andererseits" (S. 31); freilich ein zentraler methodischer Zugriff auf die zunehmende wissenschaftliche Kompetenz und Entscheidungsgewalt der Experten, deren spontane Ideologie nicht selten zwischen "vagem Spiritualismus und technokratischem Positivismus" (S. 52) oszilliert. Exemplarisch demonstriert Althusser die eigene theoretische Praxis in einer Textanalyse, in der am Beispiel des modernen Biologen J. Monod, seiner "wissenschaftlichen Ethik", die Brauchbarkeit des kritischen Instrumentariums (etwa die Unterscheidung von "philosophischem Begriff" und "wissenschaftlicher Kategorie") für Leser und Leserin überprüfbar wird.

F.O. Wolf's Nachwort, in dem die theoretischen Ansatzpunkte Althusser's ausführlich und präzise dokumentiert im politischen und historischen Zusammenhang erörtert werden, ist für den Einstieg in den Text hilfreich. Besonderer Erwähnung wert ist seine sorgfältige Übersetzung (nachdem einige Übersetzungen von Althusser's Schriften in den siebziger Jahren für ziemliche Verwirrung verantwortlich waren). Zur Gesamtkonzeption des Althusser-Programms kann – entgegen der Angaben der Herausgeber – angemerkt werden, dass die Aufsatzsammlungen "Schriften zu Kunst und Literatur" wie auch "Ideologie und ideologische Staatsapparate" derzeit nicht mehr lieferbar sind. Eine Aufnahme dieser verstreut erschienenen Aufsätze ins Programm drängt sich auf; ebenso wäre eine Neuübersetzung der Aufsätze zu wünschen, die im Buch "Für Marx" seit 1968 vorliegen.

Bernhard Walpen

HUBER, Peter: Kommunisten und Sozialdemokraten in der Schweiz 1918-1935. Der Streit um die Einheitsfront in der Zürcher und Basler Arbeiterschaft. Limmat-Verlag 1986, 600 Seiten, 40 Fotografien, 23 Abbildungen, Fr. 54.--

Das historische Interesse für einen Zeitabschnitt, in dem in der Schweiz die Arbeiterbewegung noch als Inbegriff des gesellschaftlichen Widerstandes galt, hat unter den Schweizer Linken stark nachgelassen. Umso verdienstvoller ist es, wenn der Verfasser versucht auf die "gute alte Zeit" zwischen Generalstreik und Friedensabkommen zurückzublenden, als der Streit zwischen

Kommunisten und Sozialdemokraten in der Arbeiterschaft für Bewegung sorgte.

Ausgangspunkt der vorliegenden Arbeit ist der Spaltungsprozess der Arbeiterbewegung in zwei politische Parteien im Verlauf der Jahre 1918-1921. Die zur neugegründeten KPS stossenden Kräfte verteidigten diesen Schritt als organisationspolitische Voraussetzung, um auch in der Schweiz den revolutionären Durchbruch zu schaffen. Die der Sozialdemokratie treu Gebliebenen sprachen von einem frevlerischen Unterfangen, das die Linke um Jahre zurückwerfe. Die junge KPS besass in Basel und Zürich die Mehrheit in den Gewerkschaften, musste jedoch erleben, wie die Zürcher SP nach Abflauen der revolutionären Erwartungen ihre Hegemonie gegen Mitte der zwanziger Jahre zurückgewann. In Basel verlief dieser politische Prozess gegenteilig – ein interessanter Tatbestand, dessen Erklärung noch viele Fragen offenlässt. Die Stärke der Basler KP beruhte auf deren Fähigkeit, ihre politischen und gewerkschaftlichen Vorstösse den weniger spektakulären und weniger hektischen Jahren 1923-1929 anzupassen. Die Zürcher KP hingegen, so der Verfasser, habe eher nur der revolutionären Rhetorik gefrönt und gewerkschaftliche Kleinarbeit als Reformismus gebrandmarkt.

In die Jahre der Wirtschaftskrise stiegen SPS und KPS mit grundlegend verschiedenen politischen Konzepten. Die führenden Kräfte in der SPS setzten zielstrebig auf die Eroberung eines "gerechten" Anteils an der Staatsmacht; allfällige ausserparlamentarische Mobilisierungen kamen in dieser Staatsfixierung selten zustande und dienten oft nur zum "Luftablassen". Der Autor verbindet diese schonungslose Kritik an der Krisenpolitik der SPS und der Gewerkschaften mit einer unzweideutigen Absage an den Sozialfaschismuskurs der KPS: in Basel erlitt diese einen eigentlichen Zusammenbruch, während sie in der Stadt Zürich vom Verschleiss der SP-Regierungsmehrheit nicht zu profitieren wusste. Ihre abstrakten Aufrufe zur Bildung einer Einheitsfront von unten, an deren Spitze die KPS stehe, blieben ohne Resonanz. Den Schlusspunkt der Arbeit bildet die historisch überraschende Wende zum Volksfrontkurs 1935, als auch die KPS (allerdings erfolglos) wie die andern Kommunistischen Parteien im Interesse von Stalins Aussenpolitik ein breites Regierungsbündnis mit der SP und bürgerlich liberalen Kräften zu bilden hoffte.

Die umfangreiche und mit Quellenmaterial aus 17 Archiven untermauerte Studie tippt immer wieder Aspekte an, die auch heute nichts von ihrer Aktualität eingebüsst haben und besonderer Diskussion wert wären. So erarbeitete z.B. 1930 der aus der KPS ausgeschlossene Hermann Bobst eine sogenannte "Theorie der historischen Besonderheiten", worin er die politische Stabilität der Schweiz zu erklären versucht.

Josef Lang

FARAGO, Peter/ KRIESI, Hanspeter (Hrsg.): Wirtschaftsverbände in der Schweiz. Organisation und Aktivitäten von Wirtschaftsverbänden in vier Sektoren der Industrie. Grösch 1986 (Rüegger), 248 Seiten, 38 Franken.

Mit ihrer Studie haben sich die Autoren auf ein in der Schweiz wenig erforschtes Terrain begeben. Während man über die Lobbypolitik und den Machtfilz der verbandlichen und staatlichen Eliten ein grobes Wissen hat, kennt man die internen Strukturen und Konfliktpotentiale der Verbandssysteme, ihre Verflechtungen mit dem schweizerischen Staat und ihre manchmal widersprüchliche Interessenartikulation noch kaum. Die Studie dürfte deshalb dazu beitragen, dass die um eine Wirtschaftspolitik interessierte Linke ihre stärkste Gegnerschaft besser kennen lernt.

In Koordination mit einem international vergleichenden Projekt haben die Autoren die Wirtschaftsverbände in vier ausgewählten Sektoren (Bauhauptgewerbe, Nahrungsmittel-, Werkzeug- und Chemieindustrie) untersucht. Ein erster Teil der Studie beschreibt die Struktur der Verbände und ihre Einbettung im jeweiligen Wirtschaftssektor. Im zweiten Teil geht es um die Aktivität der Verbände, dargestellt anhand von fünf Fallstudien über aktuelle Prozesse der Marktregulierung, Interessenvermittlung und des korporatistischen Arrangements mit dem Staat.

In der schweizerischen Politik besitzen die Wirtschaftsverbände eine zentrale Stellung, was mit ihrem hohen und frühen Organisationsgrad und mit der historisch begründeten Schwäche des Bundesstaates zusammenhängt. Die "territoriale" Repräsentation durch Parteien und Parlament ist gegenüber der "funktionalen" (interessen- und aufgabenspezifischen) Repräsentation von zweitrangiger Bedeutung. Auf jeder Ebene und in jedem Bereich staatlichen Handelns (von der Gesetzgebung über die Verordnungspraxis bis zum Vollzug) verfügen die Verbände über institutionalisierte Einflusskanäle, über die sie ihre organisationelle Macht und ihren Informationsvorsprung geltend machen können.

Die theoretischen Vorbemerkungen richten die Aufmerksamkeit des Lesers vor allem auf zwei – der Korporatismus-Diskussion entstammende – Hypothesen: Eine *erste*, globale Hypothese besagt, dass "die Stärkung und Institutionalisierung von Verbänden, die Interessen organisieren, welche aus dem Produktionsprozess abgeleitet sind, eine Antwort auf wachsende Probleme der "Regierbarkeit" parlamentarischer Demokratien darstellt". Mit andern Worten: die Einbindung in Verbände, die ihrerseits eng mit dem Staat verflochten sind, gilt als zunehmend wichtigeres Vergesellschaftungsprinzip, das – entsprechend der Subsidiarität der Staatsfunktionen in der Schweiz – ergänzend zum Staat politische Ordnungsfunktionen übernimmt. Eine *zweite* spezifischere Hypothese bezieht sich auf Strukturmerkmale und den politischen Status von Systemen von Wirtschaftsverbänden. Sie besagt, dass ein hoher Grad der institutionellen Verflechtung mit dem Staat, das heisst eine starke organisationelle Ausrichtung an politischer Kooperation sich auch in einer stärker korporatistischen Strukturierung im Innern der Verbandssysteme niederschlägt; solche Systeme zeigen eine intern stärker ausdifferen-

zierte, hierarchisch geordnete und staatlich lizenzierte Organisationsform, und sie besitzen einen grösseren Spielraum gegenüber den einzelnen Verbandsmitgliedern.

Die Studie analysiert den Aufbau von Wirtschaftsverbänden in Anknüpfung an Konzepte von Schmitter und W. Streek anhand von vier Dimensionen. Dabei bezeichnet die *Domäne* den ökonomischen und politischen Raum, auf den sich die Tätigkeiten und Ziele des Verbandes beziehen. Die Analyse der *organisatorischen Strukturen* beschränkt sich hauptsächlich auf die horizontale Differenzierung und die vertikale Integration. Schliesslich interessieren auch die hauptsächlichlichen *Ressourcen*, über welche die Verbände verfügen (Geld, Arbeitskraft und Wissen) und die *Aktivitäten* der Verbände. Am Beispiel von vier Organisationen, die sich in diesen vier Dimensionen grundlegend unterscheiden, wird die Vielfalt an Formen organisierter Wirtschaftsinteressen in der Schweiz dargelegt. Daran schliesst ein umfassender Überblick über die Verbandssysteme in den vier ausgewählten Sektoren an. Die Vielfalt und Heterogenität von Wirtschaftsinteressen hat ihren Reflex in der grossen Zahl von Einzelverbänden und in der Kompliziertheit der Verbandssysteme. Entsprechend vielfältig sind auch die Aufgabenkataloge der Verbände, wobei die Koordinierung und Regelung der marktbezogenen Aktivitäten der Mitglieder und Aufgaben im Hinblick auf den Staat im Vordergrund steht (z.B. Mitarbeit in politischen Gremien). Zur Wahrnehmung von Arbeitgeberinteressen gegenüber Arbeitnehmern haben sich zum Teil separate Verbände herausgebildet.

Bei der Artikulation von Arbeitgeberinteressen dürfte denn auch das Interessenspektrum weit homogener sein; hier wird die Effizienz der Interessenvermittlung aber auch durch den im Vergleich zu den Gewerkschaften weit höheren verbandlichen Organisationsgrad begünstigt. Die grosse Heterogenität der entlang von sektoralen und regionalen Grenzen und nach der Unternehmensgrösse diversifizierten Wirtschaftsinteressen stellt den Verbänden Integrationsprobleme. Durch externe Differenzierung können die Verbände das Interessenspektrum nach innen homogenisieren, oder durch Ausdifferenzierung von verbandsinternen Strukturen dieser Interessenvielfalt Rechnung tragen. Dabei postulieren die Autoren, dass die interne Differenzierung bis zu einem gewissen Grad durch externe Differenzierung substituiert werden kann.

Erwähnenswert ist schliesslich die Bilanz, die aus der vergleichenden Analyse von 43 Wirtschaftsverbänden in vier Sektoren gezogen wird. Demnach zeichnen sich die sektoralen Wirtschaftsverbände in der Schweiz aus durch:

- eine hochentwickelte externe Differenzierung aufgrund einer trennscharfen, meist produktespezifischen Domänenabgrenzung zwischen Verbänden,
- eine aufgabenspezifische interne Differenzierung, wobei divergierende Interessen mit Hilfe einer restriktiven Domänenumschreibung ausgelagert werden;
- eine sektorübergreifende Integration in Spitzenverbände und
- einen hohen Organisationsgrad, der denjenigen entsprechender Arbeit-

nehmerorganisationen meist übersteigt.

Insgesamt lassen sich die Verbandssysteme weder eindeutig dem pluralistischen noch dem korporatistischen Modell zuordnen; die Vielfalt der Verbände und die Freiwilligkeit der Mitgliedschaft existieren durchaus neben der scharfen Domänenabgrenzung und der Einbindung in die Politikformulierung. Demnach lässt sich die zweite Hypothese nicht bestätigen: trotz starker Verflechtung mit verschiedenen Ebenen staatlichen Handelns zeigen die Verbände in ihrem Innern keine eindeutig korporatistische Struktur. Dies hat seinen Grund in der historischen Kontinuität; über eine Zeitspanne von mehr als 100 Jahren konnten sich die Verbände nicht nur immer weiter auffächern, sondern sich zugleich stetig in die aufs Subsidiaritätsprinzip beschränkten Staatsfunktionen einbinden lassen. Deshalb lässt sich die Frage nach dem Korporatismus in der Schweiz (und damit auch die in Hypothese 1 behauptete "neue Vergesellschaftung durch korporatistische Einbindung") auch nicht schlüssig entscheiden. So gibt es zwar eine Vielzahl institutionalisierter Verknüpfungen zwischen Staat und Verbänden innerhalb jedes Wirtschaftssektors; dies kontrastiert jedoch in auffälliger Weise mit dem Mangel an "gesamtwirtschaftlicher korporatistischer Konzertierung in der Schweiz".

Soweit die wohl interessantesten theoretischen Schlussfolgerungen. Schade, dass die Hypothesen nicht durch das gesamte Material hindurch verfolgt werden. Die theoretischen Vor- und Schlussbemerkungen bilden eine Klammer, die die Präsentation des Materials einschliesst, die jedoch unserer Meinung nach zu wenig zwischen den strukturellen Merkmalen (Sektor- und Verbandsstruktur) und der Ebene der politischen Aktivität vermittelt. Zwar wird die empirische Vielfalt am Beispiel der ausgesuchten Sektoren umfassend präsentiert, leider fehlt aber weitgehend die Relativierung der Aussagen im gesamtschweizerischen Rahmen. Die Darstellung der – je für sich sehr interessanten – Fallstudien lässt oft einen projektübergreifenden "roten Faden" vermissen; zudem wird die Auswahl der Fallstudien und ihre Verortung im Sektor wie auch in der Gesamtökonomie zu wenig einsichtig gemacht. Als äusserst fruchtbar kann das Vorgehen gewertet werden, die eher quantitativ orientierte Untersuchung der Organisationsformen der Verbände durch Fallstudien zu ergänzen, die sich mit den Aktivitäten von einzelnen Verbänden befassen; anhand dieser Fallstudien können die Feinstrukturen des Einflusses und der Verflechtung aufgezeigt werden. Die betreffenden Studien bleiben leider in einzelnen Fällen zu sehr auf einer rein deskriptiven Ebene und erfassen die Tiefenstrukturen der beschriebenen Prozesse vielfach nur lückenhaft; die Ergebnisse sind deshalb in weiten Teilen zu wenig griffig. Schliesslich hätten Quervergleiche zu Befunden, die sich im Rahmen des internationalen Projekts ergeben haben, die Studie zusätzlich bereichert.

Diese kritischen Anmerkungen ändern allerdings nichts an der Tatsache, dass die Autoren mit ihrem Buch der Öffentlichkeit eine reichhaltige Materialsammlung und damit auch ein unerlässliches Hilfsmittel für die wirtschaftspolitische Diskussion zur Verfügung gestellt haben.

Robert Fluder / Walter Schöni